



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

POLEN VOR DEN WAHLEN

- ANALYSE
Zwei Jahre PiS-Regierung – Versuch einer Bilanz 2
Gerhard Gnauck, Warschau
 - TABELLEN UND GRAFIKEN
Die Stimmung vor den Wahlen 6
 - DOKUMENTATION
Die Debatte zu den Anträgen auf Auflösung des Sejm 11
-
- CHRONIK
Vom 04. September bis zum 17. September 2007 19

Die Herausgeber danken der BSH Bosch, Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Zwei Jahre PiS-Regierung – Versuch einer Bilanz

Gerhard Gnauck, Warschau

Zusammenfassung

Die Zwillinge Jarosław und Lech Kaczyński, die als Parteichef und als Präsidentschaftskandidat im Herbst 2005 zwei Wahlsiege errangen, haben (wie Wahlkämpfer es fast immer tun) versprochen, ihr Land zu verändern. Man darf ihnen bescheinigen: Das ist ihnen zum Teil gelungen. Begleiterscheinung und Preis waren Polarisierung, Konflikte und auch Skandale. Das macht ihnen wenig aus, da die scharfe Konfrontation mit in- und ausländischen Feinden des polnischen „nationalen Interesses“, wie sie es verstehen, nicht nur zu ihrem Wahlkampf, sondern auch zu ihrem Weltbild gehört. Dass die Kaczyński-Partei *PiS* dennoch mit guten Chancen in die vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober zieht, ist nicht zuletzt der NATO- und EU-Mitgliedschaft zu verdanken, die der Entwicklung des Landes nach Meinung von Historikern die günstigsten Rahmenbedingungen seit 300 Jahren beschert hat.

Die Ausgangslage

Ist die Herrschaft der national-konservativen Brüder Kaczyński Symptom eines tiefgreifenden politischen „Klimawechsels“, wie ihn der dem heutigen Regierungslager nahestehende Soziologe Zdzisław Krasnodębski schon 2004 zu beobachten meinte? Zumindest die Ergebnisse des Wahljahres 2005 sprechen eine andere Sprache. Bei 41 % Wahlbeteiligung – Tiefststand seit 1989 – erhielt die Partei mit dem biblischen Namen *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* gerade einmal 27 % der Stimmen, drei Punkte dahinter lag die liberale bis liberal-konservative *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*. Beide Parteien waren mit der mehr oder weniger klaren Aussage angetreten, miteinander koalieren zu wollen, zerstritten sich jedoch nach der Wahl – ein in Europa höchst seltener Vorgang. Wenig später siegte Lech Kaczyński, der Zweitplatzierte des ersten Wahlgangs, in der Stichwahl um das Präsidentenamt mit 54 % (Beteiligung: 51 %, ebenfalls Tiefststand).

PiS und *PO* ziehen auch jetzt wieder mit annähernd gleichen Chancen in die Parlamentswahl. Doch der Wahlkampf wird kein *Déjà-vu* werden: Allzu viel hat sich in diesen zwei Jahren verändert. Zugespitzt formuliert: Jarosław Kaczyński hat seine Regierung nicht nur außenpolitisch in vielen europäischen Hauptstädten als Partner „unmöglich gemacht“ und selbst in den USA prominente Kritiker auf den Plan gerufen; ihm ist auch zuzuschreiben, dass die *PiS* in Polen offenbar die Koalitionsfähigkeit verloren hat.

Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen erleichtern das Regieren

Warum ist die *PiS* dennoch über diese zwei Jahre hinweg in den Umfragen für ein Viertel bis ein Drittel

der Polen attraktiv geblieben? Es wird nicht nur an den erwähnten Rahmenbedingungen liegen; diese haben allerdings dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit, unter anderem durch die starke Migration, laut Statistischem Hauptamt von 19 % (2004) auf 12,2 % (Juli 2007) zurückgegangen ist. Das reale Wirtschaftswachstum stieg von 3,6 % (2005) auf 6,1 % (2006) und könnte in diesem Jahr bei 6,5 % liegen (Prognose der EU-Kommission vom September 2007). Polens Außenhandel insgesamt hat sich ebenso wie der Handel mit Deutschland gegenüber dem Jahr des EU-Beitritts mehr als verdoppelt. Von den Auslandsinvestitionen bis zu den Pkw-Neuzulassungen – überall werden Rekorde gebrochen, und die vielen Fahrschüler auf Polens Straßen sagen ebenso viel über die Verfassung des Landes aus wie die Baustellen und Umleitungen.

Zweifellos hat die EU-Mitgliedschaft den Brüdern Kaczyński in wirtschaftlicher Hinsicht ein leichtes Leben und viel politischen Spielraum beschert. Kritische Beobachter der Wirtschaftspolitik haben angemerkt, die Regierung habe auf diesem Feld so wenig getan, dass sie nicht viel habe kaputt machen können. Die großen Wahlversprechen von 2005 (Steuersenkungen und „drei Millionen Wohnungen“) wurden schnell *ad acta* gelegt. Zugleich wurde die Chance zur (angekündigten) Reform der öffentlichen Finanzen vertan, das öffentliche Gesundheitswesen ist weiter am Rande des Kollaps, und vor den Wahlen im Oktober werden noch schnell Geschenke verteilt: Nach der Einführung einer Geburtenprämie im Vorjahr wurde jetzt der Kinderfreibetrag, bis dahin mickrige 120 Zloty, fast verzehnfacht (1145 Zloty). Der Mindestlohn wurde um 18 % angehoben, was die Nöte vieler Unternehmer, die schon jetzt unter

Arbeitskräftemangel leiden, noch verschärfen dürfte. Eine große Zahl von Polen hält sich der Arbeit wegen im EU-Ausland auf – genaue Zahlen sind aufgrund des regen Hin und Her schwer zu ermitteln, ein bis zwei Millionen erscheinen realistisch. 2007 hat die Regierung dafür die Einstellung von Arbeitskräften aus Polens östlichen Nachbarländern erleichtert.

Verstörende politische Bedingungen erschweren das Regieren

War die Wirtschaftslage komfortabel, so boten die Verhältnisse im Parlament den ambitionierten Regierenden einen viel engeren Rahmen. Zunächst machte *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński im Oktober 2005 überraschend seinen Parteifreund Kazimierz Marcinkiewicz zum Ministerpräsidenten. Diesem gelang es, durch konstruktives Auftreten, Mannschaftsgeist und gute Öffentlichkeitsarbeit schnell zum beliebtesten Politiker des Landes zu werden. Daraufhin schob Kaczyński ihn im Juli 2006 beiseite und nahm selbst seinen Posten ein. Bis dahin hatte die *PiS* mehrere Modelle des Regierens ausprobiert: als Minderheitskabinetten, dann getragen von einem „Stabilisierungspakt“ mit der populistischen *Selbstverteidigung (Samooobrona)* unter Andrzej Lepper und der nationalistischen *Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* unter Roman Giertych (Februar 2006), schließlich mit einer formellen Koalition mit beiden Parteien (Mai 2006). Letztere führte postwendend zum Rücktritt des auch im Ausland angesehenen Außenministers Stefan Meller, dessen Platz Anna Fotyga einnahm.

Die Koalition hielt bis zum Juli 2007, als der unbequem gewordene stellvertretende Ministerpräsident Lepper in einer fingierten Schmiergeldaffäre als korrupt entlarvt werden sollte. Die Geheimaktion scheiterte; offenbar hatte jemand Lepper gewarnt. Dennoch entließ Präsident Kaczyński den politischen Rabauken, was auch den Rückzug des Nationalisten Giertych aus der Regierung nach sich zog. Wie gewonnen, so zerronnen: Die *PiS* stand wieder allein da und musste – besser jetzt als später – die Flucht nach vorn antreten. Ebenso wie die große Konkurrentin *PO* stimmte die Kaczyński-Partei am 7. September im Sejm für die Auflösung des Parlaments und für vorgezogene Wahlen.

Abrechnung mit der III. Republik

Noch einmal die Frage: Warum ist die Partei der Brüder Kaczyński, die ihr Land im Ausland großenteils zur Zielscheibe von Verwunderung, Hohn und Spott gemacht hat, in Polen nach wie vor attraktiv? Ein Punkt, den auch Kritiker den Kaczyńskis und ihrer

Umgebung zugutehalten, ist das offensichtliche Fehlen der Absicht, sich zu bereichern oder Vetternwirtschaft zu betreiben, und ihre oft bis zur Schmerzgrenze undiplomatische, unkorrekte Sprache („sie sagen, was sie denken, und sie tun, was sie sagen“). Zeitweise konnte man auch ihren Erklärungen glauben, sie würden Freund und Feind mit dem gleichen Maß messen, wie die Entlassung u.a. der Finanzministerin Zyta Gilowska (Juni 2006) bis zur Klärung des Verdachts der Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst und die Wiederaufnahme in die Regierung (September 2006) gezeigt hat.

Die Kaczyńskis haben viele Erwartungen angesprochen, indem sie den Dreiklang Gerechtigkeit-Sicherheit-Nationalstolz angeschlagen haben. Nachdem die Brüder – damals vor allem Lech – sich das Image von Law-and-Order-Politikern erarbeitet und sich mit der Gründung des Museums des Warschauer Aufstands auch als tatkräftige Patrioten empfohlen hatten, zeichneten sie schließlich im Wahlkampf 2005 eine große, moralisch und ideologisch aufgeladene Vision. Die Zeit seit 1989, also die Zeit der III. Republik, sei von am „Runden Tisch“ geschlossenen faulen Kompromissen zwischen Postkommunisten und dem kooperationsbereiten Teil der *Solidarność*-Eliten geprägt gewesen. Diesen faulen Kompromissen seien sie, die Kaczyńskis, und alle „wahren Erben und Vollender“ der *Solidarność*-Revolution, zum Opfer gefallen. Jetzt gelte es, dieses verfilzte „System“ (układ), zu dem die korrupten Teile von Politik, Wirtschaft, Geheimdiensten und Medien gehören, zu zerschlagen, das Land zu „entkommunistieren“. Wem diese Vision zu abstrakt war, der konnte leicht mit dem Gegensatzpaar „solidarisches Polen“ / „liberales Polen“ geködert werden: Sonst bekennende Rechte, präsentierten sich die Kaczyńskis in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (vor allem verbal) gut linkspopulistisch als Anwälte der kleinen Leute.

Zur Abrechnung mit der III. Republik gehörte auch die Abrechnung mit deren Außenpolitik, die als weich, kompromisslerisch und als von fremden Interessen gelenkt dargestellt wurde. Außenpolitik macht im Denken der Kaczyńskis – so ihr ehemaliger Vertrauter Andrzej Krawczyk – zwar nur ein Prozent aus, doch das „harte Verfechten unserer Interessen“ in der EU sowie das Bedienen latent vorhandener Ängste und Komplexe vor allem gegenüber Deutschland spricht viele Polen an. Dies um so mehr, als auch die Opposition in diesen Fragen keine markante Gegenposition aufzubauen vermochte: „Weniger Patriotismus“ zu fordern macht sich ebenso schlecht wie „mehr Korruption“ tolerieren zu wollen. In diesen wie in vielen anderen Fragen bestimmte die *PiS* den Diskurs.

Auf dem Weg zur IV. Republik mit fragwürdigen Methoden und Partnern

Was haben die Kaczyńskis in der von ihnen ausgerufenen „IV. Republik“ nun real verändert? Schon im ersten Jahr gründeten sie ein „Zentrales Antikorruptionsbüro“ (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), dessen Funktionäre jüngst auch gegen Lepper zum Einsatz hätten kommen sollen. Die nach der Wende entstandenen militärischen Geheimdienste WSI (Wojtkowe Służby Informacyjne), in denen alter und neuer Filz, Korruption und politische Manipulation zu Hause waren, wurden aufgelöst. Für Bagatelldelikte wurden „24-Stunden-Gerichte“ eingeführt, die jedoch keineswegs 24 Stunden ansprechbar sind und von Juristen als Verschwendung von Geld und Arbeitszeit kritisiert werden. Höchst problematisch ist das Hineinregieren in Angelegenheiten der Justiz. In der Wendezeit hatte man zwecks besserer parlamentarischer Kontrolle der Staatsanwaltschaft eine Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt festgeschrieben. Das rächt sich jetzt, da der junge Jurist Zbigniew Ziobro, offenbar der Kronprinz der Kaczyńskis, Justizminister ist. Ein neues Gesetz gibt ihm die Möglichkeit, auf die Besetzung der Gerichte direkt Einfluss zu nehmen, und Präsident Kaczyński hat jüngst die Ernennung einiger neuer Richter – bisher eine Formsache – verweigert. Der frühere Verfassungsrichter Andrzej Zoll hat daher zu Recht kritisiert, den Präsidenten und den Minister verbinde eine „negative Haltung zur Judikative“, und auf die Nähe beider zum Denken Carl Schmitts hingewiesen, „des Schöpfers der Rechtsdoktrin des Dritten Reiches“. Als das Verfassungsgericht den Versuch der Kaczyńskis, die „Lustration“ (Überprüfung der informellen Zusammenarbeit mit den kommunistischen Sicherheitsdiensten) erheblich auszuweiten, zum Scheitern brachte und das entsprechende neue Gesetz teilweise zurückwies, ließen die Regierenden in Windeseile die Geheimdienstakten im Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) durchforsten und versuchten, einige der Richter in dieser Sache als „befangen“ und unglaubwürdig bloßzustellen. So wird die Macht der Behörden und der Archive immer wieder gegen unliebsame Kräfte in Stellung gebracht. Die Geringschätzung des Rechts, seine Unterordnung unter die Zweckmäßigkeit der „Revolution“ und das Säen von Misstrauen in der Gesellschaft haben die politische Kultur des Landes zum schlechteren verändert. Ob die Kaczyńskis den Staat mit ihren Maßnahmen zur Zentralisierung von Macht „gestärkt“ haben, wie sie behaupten, ist mehr denn je eine offene Frage.

Seine Politik der „moralischen Revolution“, der Festigung christlich-nationaler Werte, der Ent-

kommunisierung und Korruptionsbekämpfung hat Jarosław Kaczyński über große Strecken mit fragwürdigen Koalitionspartnern verfolgt, der dubiosen *Selbstverteidigung* und der ideologisch stramm katholisch-nationalistischen *Liga Polnischer Familien*. Dieses Bündnis sollte zugleich die schleichende Übernahme von deren Wählerschaft ermöglichen, eine Rechnung, die teilweise aufgehen dürfte, doch in großen Teilen der Gesellschaft hat diese Koalition die *PiS* viel Glaubwürdigkeit gekostet. Als Erbstücke der *LPR* und ihres Bildungsministers bleiben die Einführung von Schuluniformen in diesem Herbst, die Anrechnung der Religionsnoten im Zeugnis und der Streit um die Schullektürelisten, den Kaczyński immerhin zugunsten des manchen allzu „modern“ erscheinenden Autors Gombrowicz entschieden hat. Auch viele schrille Äußerungen gegen Homosexuelle gehen auf das Konto der *LPR*, wobei diese Haltung auch in der *PiS* prominente Anhänger hat.

Zugleich stützte sich die Koalition und vor allem die *PiS* auf Medien wie das einflussreiche „Radio Maryja“, dessen Macher vielfach durch nationalistische und antisemitische Äußerungen aufgefallen waren. Vor dem Polen-Besuch Papst Benedikts XVI. intervenierte der Vatikan, woraufhin der Episkopat und der Orden der Redemptoristen (als Betreiber des Senders) im Mai 2006 einen gemischten Programmbeirat zur Kontrolle des Radios beriefen. Im August 2007 brach der Streit mit bisher unbekannter Heftigkeit aus, als der Krakauer Erzbischof Stanisław Dziwisz offen die Ablösung der Leitung des Senders um den charismatischen Pater Tadeusz Rydzyk forderte. Diesmal gehe es, so der Kardinal, um die Gesamtheit der Aufgaben der Kirche, um „die Seelsorge, die schrittweise den Händen der Bischöfe entgleitet und in andere Hände übergeht“. Damit drohen alte Befürchtungen wahr zu werden, wonach die Kirche in Polen nach dem Tod Johannes Pauls II. ihre Einheit verlieren und Teile der Kirche für politische Instrumentalisierung anfällig werden könnten.

Der Außenpolitik der Regierung könnte man allenfalls zugutehalten, dass sie durch ihr hartes Auftreten manchen ihrer Anliegen Gehör verschafft hat. Doch Freunde hat sich Warschau in dieser Zeit nicht erworben und konkrete Fortschritte nirgendwo erzielt. Der EU-Verfassungsprozess brachte mit dem Brüsseler Gipfel im Juni 2007 einen Höhepunkt der Isolation Warschaus; die Außenministerin konnte selbst dem Regierungslager nicht plausibel erklären, warum man das Quadratwurzelmodell für die Abstimmungen aufgegeben und worauf sich der Gipfel denn geeinigt hat. So bekam sie Kritik von rechts wie von links zu hören. Der Konflikt scheint noch nicht ausgestan-

den. Das gilt ebenso für den Streit um den geplanten Straßenbau im Naturschutzgebiet Rospuda-Tal: Hier hatte Ministerpräsident Kaczyński im Konflikt mit EU-Kommission und Umweltschützern ein regionales Referendum angeregt, das jedoch mit 22 % Beteiligung ungültig war. In diesem ersten großen Umweltkonflikt in Polen seit 1989 wird bald der Europäische Gerichtshof urteilen. Am Rande sei erwähnt, dass Warschau sich mit der Einführung des Euro Zeit lässt; sie ist frühestens 2011 zu erwarten.

Bilanz der Außenpolitik

Gegenüber Deutschland besteht die Politik großenteils darin, präventiv Forderungen zu erheben, da man zwischen Warschau und Berlin in vielerlei Hinsicht eine langfristige Interessendivergenz zu erkennen meint und fürchtet, auf verschiedene Weise unter die Räder zu kommen. Angesichts der geplanten deutsch-russischen Ostsee-Gasleitung zeigt Polen jeglichen Angeboten aus Deutschland (Stichleitung nach Polen, Anschluss Polens ans deutsche Gasnetz) die kalte Schulter und setzt zugleich darauf, seine Energiequellen aus eigener Kraft zu diversifizieren. So soll eine – schon vor Jahren geplante – Pipelineverbindung durch die Ostsee zu den norwegischen Gasfeldern gebaut werden sowie ein Flüssiggasterminal, für das die Ausschreibung bereits läuft. Immerhin ist, auch aufgrund von Polens Besorgnis, die Energiesicherheit als Thema in der EU ganz nach vorne gerückt.

Eine zentrale Forderung Warschaus ist seit langem, Berlin möge – nach der Erklärung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder von 2004 – noch einmal private Eigentumsforderungen deutscher Vertriebener und Aussiedler gegenüber Polen für aussichtslos erklären. Die einschlägige Klage der „Preußischen Treuhand“ gegen Polen ist derweil immer noch vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof anhängig. Auch das Gedenken an die Vertreibung der Deutschen („Zentrum gegen Vertreibungen“, „Sichtbares Zeichen“) wird in Polen unverändert kritisch beobachtet; neu gegenüber früheren Zeiten ist bei den Kaczyńskis, dass sie auch dem einst gemeinsam geplanten Ausweg aus dem Dilemma, dem in Entstehung befindlichen „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, kritisch gegenüberstehen. Kurz und gut: Auf fast allen Politikfeldern können Deutschland und Polen zueinander nicht kommen, statt der einst beschworenen „Interessengemeinschaft“ sieht das von den Kaczyńskis geprägte Lager eine langfristige Konfliktgemeinschaft. Da wundert es nicht, dass die Zusammenarbeit selbst dort brachliegt, wo es gemeinsame Interessen gibt, etwa bei der Erarbeitung einer „neuen Ostpolitik“ der EU.

Große, in manchen Punkten unerfüllbare Erwartungen richten die Kaczyńskis an die USA. Gemeinsam mit Tschechien will Polen zum europäischen Pfeiler eines globalen Raketenabwehrsystems werden. Die Verhandlungen über die Details wurden 2006/07 erheblich beschleunigt, wobei für Warschau nicht der Schutz etwa vor iranischen Raketen, sondern generell eine engere Anbindung an Amerika das zentrale Argument ist. Ein Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak und Afghanistan ist mittelfristig nicht geplant. Die Bevölkerung sieht diese drei Elemente der Verteidigungspolitik mehrheitlich kritisch.

Wenig Bewegung gibt es in den polnisch-russischen Beziehungen, die schon vor der Zeit der Regierung Kaczyński schwierig waren. Zwar hat Russlands Embargo gegen Fleischimporte aus Polen Warschaus Veto gegen ein neues EU-Russland-Partnerschaftsabkommen nach sich gezogen und die Solidarität der EU auf den Plan gerufen. Doch Russland ist gegenüber den Protesten taub geblieben.

Der persönliche Faktor

Auch wenn man geneigt ist, das Gemeinwesen als Kollektiv und als Struktur zu untersuchen, so ist doch eine Bewertung der Individuen Lech und Jarosław Kaczyński angebracht, vor allem des letzteren, der unter den Zwillingen der Vordenker ist, der härtere von beiden und nach eigener Auskunft der Mann „mit dem schlechten Charakter“. Er hatte sein Leben dem Kampf gegen den Kommunismus verschrieben und kämpft weiter – gegen alles, was er für „postkommunistisch“ hält. Sein oft autoritäres Gebaren, sein Misstrauen und seine Gabe, sich selbst mit engen Vertrauten zu zerstreiten, gehen dabei Hand in Hand. Dass Jarosław Kaczyński, der studierte Jurist, als Politiker eine Geringschätzung des Rechts an den Tag legt, dass er mit verdeckten Ermittlern und möglicherweise auch mit Abhörenanlagen selbst gegen Kabinettskollegen vorgeht, dass sein Justizminister zu Beginn des Wahlkampfs belastendes Material gegen Oppositionspolitiker ankündigt, enthält eine bittere Ironie: Im lebenslangen Kampf gegen einen übermächtigen Feind ist Jarosław Kaczyński diesem Feind strukturell immer ähnlicher geworden, hat er sich Methoden angeeignet, die in der kommunistischen Volksrepublik gepflegt wurden. Dass er oft antideutsche Töne anschlägt, die einzigen, mit denen die herrschende Partei vor 1989 beim Volk noch Gehör fand, passt in dieses Bild.

Gewiss ist Polen nicht auf dem Weg in den postsozialistischen „Erpressungsstaat“ („blackmail state“ nach Keith Darden), in dem die Machthaber Korruption tolerieren, sie zugleich genau überwachen und dann die Mittel der Justiz gegen missliebige Kräfte selektiv zum

Einsatz bringen. Dass jedoch Kaczyński in diesem Jahr in den Medien erstmals mit Russlands Präsident Putin verglichen wird (vgl. Newsweek Polska, Gazeta

Wyborcza), während er selbst erstmals davon spricht, in Polen müssten „die Oligarchen“ bekämpft werden, stimmt nachdenklich.

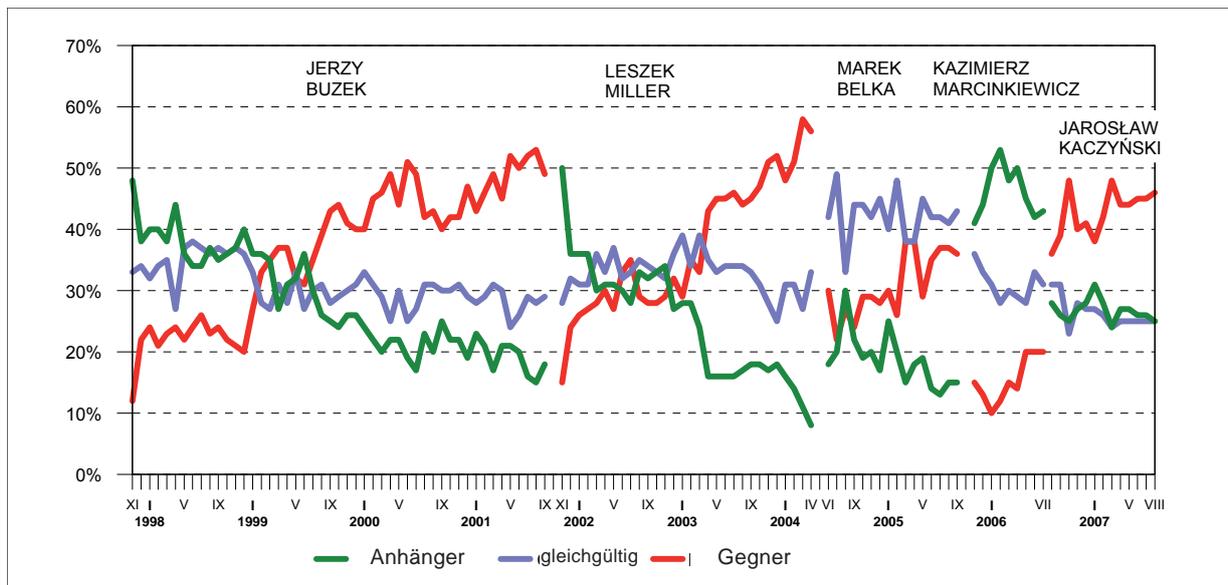
Über den Autor:

Dr. Gerhard Gnauck, Jahrgang 1964, studierte Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Politologie in Mainz und Berlin. Seit 1999 ist er Korrespondent der WELT in Warschau und schreibt vor allem über Politik und Kultur in Polen und der Ukraine.

Tabellen und Grafiken

Die Stimmung vor den Wahlen

Einstellung zur Regierung unter Ministerpräsident:



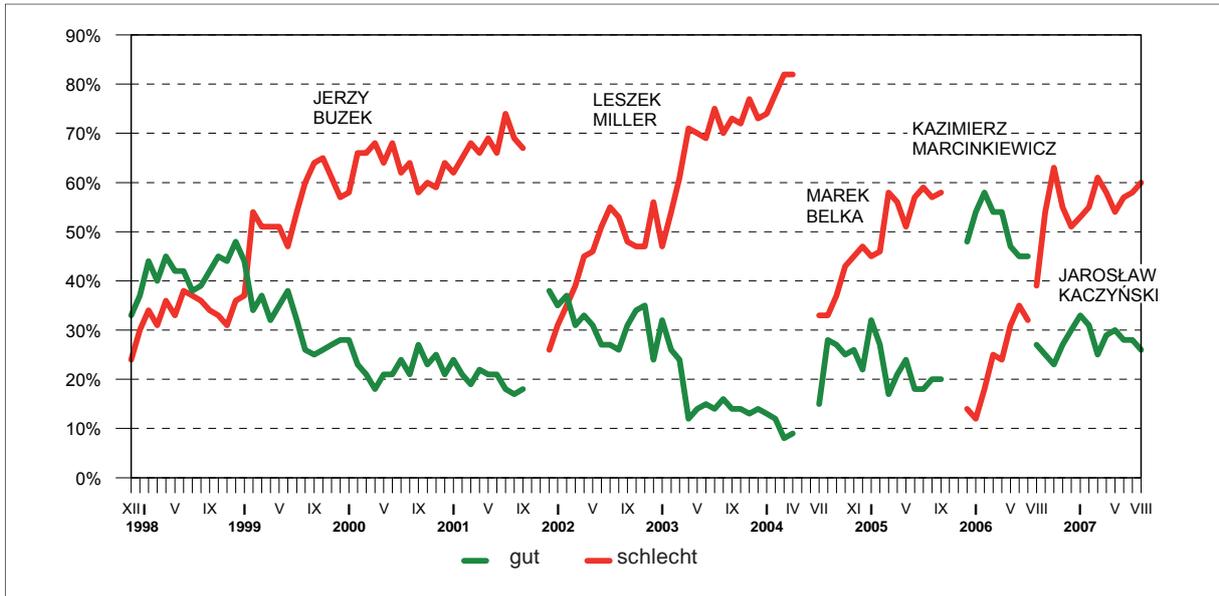
Quelle: CBOS: BS/126/2007: Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Die Einstellung zur Regierung unter Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (in %)

	Aug. 2006	Sept. 2006	Okt. 2006	Nov. 2006	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007
Anhänger	28	26	25	27	28	31	28	24	27	27	26	26	25
Gegner	36	39	48	40	41	38	42	48	44	44	45	45	46
Gleichgültig	31	31	23	28	27	27	26	24	25	25	25	25	25
Schwer zu sagen	5	4	4	5	4	4	3	4	4	4	4	4	4

Quelle: CBOS: BS/126/2007: Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Bewertung der Regierungstätigkeit unter Ministerpräsident:



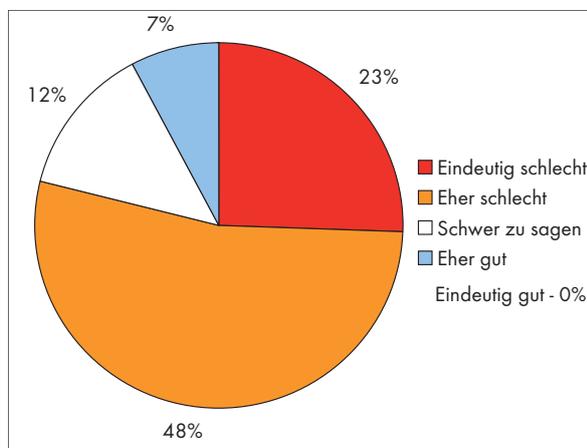
Quelle: CBOS: BS/126/2007: Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Regierungstätigkeit von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński von Beginn der Amtsübernahme? (in %)

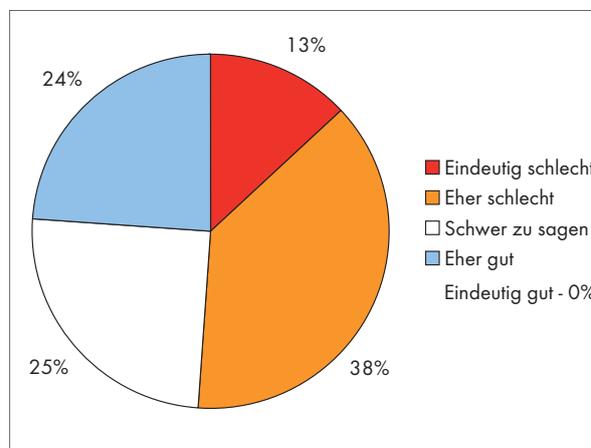
	Sept. 2006	Okt. 2006	Nov. 2006	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug 2007
Gut	25	23	27	30	33	31	25	29	30	28	28	26
Schlecht	54	63	55	51	53	55	61	58	54	57	58	60
Schwer zu sagen	21	14	18	19	14	14	14	14	16	15	14	14

Quelle: CBOS: BS/126/2007: Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Sejms?

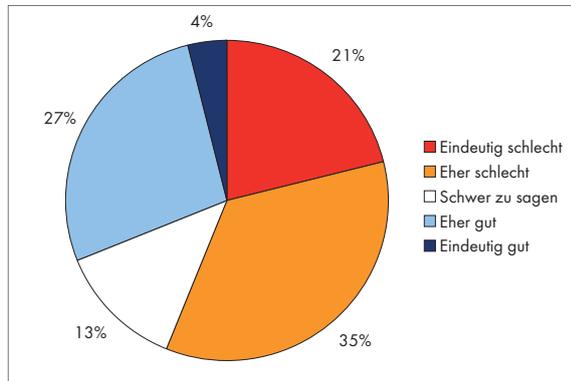


Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Senats?



Quelle: CBOS: BS/125/2007: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen über die Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

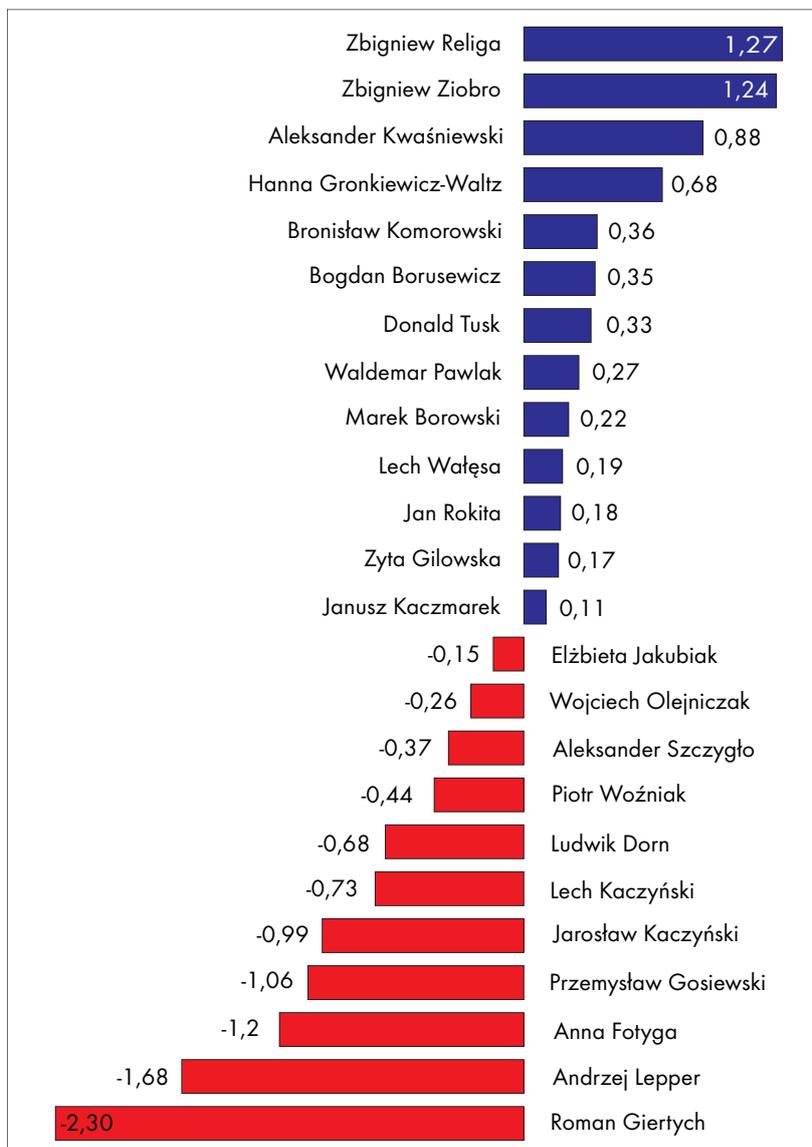
Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Staatspräsidenten Lech Kaczyński?



Quelle: CBOS, BS/125/2007: *Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen über die Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]*. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Politikerranking im August 2007

(Bewertungen auf einer Skala von +5 bis -5)



Quelle: CBOS, BS/128/2007: *Zaufanie do polityków w sierpniu – tuż przed rozwiązaniem koalicji [Vertrauen gegenüber Politikern im August vor der Auflösung der Koalition]*. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Wenn nächsten Sonntag Sejm- und Senatswahlen wären, für welche Partei bzw. welchen Parteikandidaten würden Sie stimmen? (2007 in %)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
PO	33	30	30	29	27	29	27	30
PiS	26	25	24	23	23	27	25	24
LiD	8	11	12	12	12	13	12	10
LPR	4	5	3	3	3	2	2	
Samoobrona	6	6	5	4	6	6	6	
LiS								6
Partia Kobiet	-	-	-	-	2	1	2	4
KPEiR	3	3	4	4	2	1	2	3
PSL	4	4	5	5	3	3	5	3
Porozumienie Lewicy	-	-	-	-	-	-	-	1
UPR	0 *	0 *	1	0 *	0 *	1	1	1
Schwer zu sagen	15	14	14	19	17	15	16	17

* unter 0,5 %

PO – Bürgerplattform, PiS – Recht und Gerechtigkeit, LiD (SLD + SdPl + PD + UP) – Linke und Demokraten, LPR – Liga Polnischer Familien, Samoobrona – Selbstverteidigung, LiS (LPR + Samoobrona), Partia Kobiet – Partei der Frauen, KPEiR – Landespartei der Pensionäre und Rentner, PSL – Polnische Bauernpartei, Porozumienie Lewicy – Linksallianz, UPR – Union für Realpolitik

Quelle: CBOS, BS/124/2007: Preferencje partyjne w sierpniu [Parteipräferenzen im August]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Ermöglicht die Politik der gegenwärtigen Regierung eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation?

	08/06	09/06	10/06	11/06	12/06	01/07	02/07	03/07	04/07	05/07	06/07	07/07	08/07
Ja	32	27	24	28	32	31	29	25	30	30	31	30	24
Nein	48	56	64	55	51	54	56	61	55	53	55	55	60
Schwer zu sagen	19	17	13	18	16	15	15	14	16	17	14	15	16

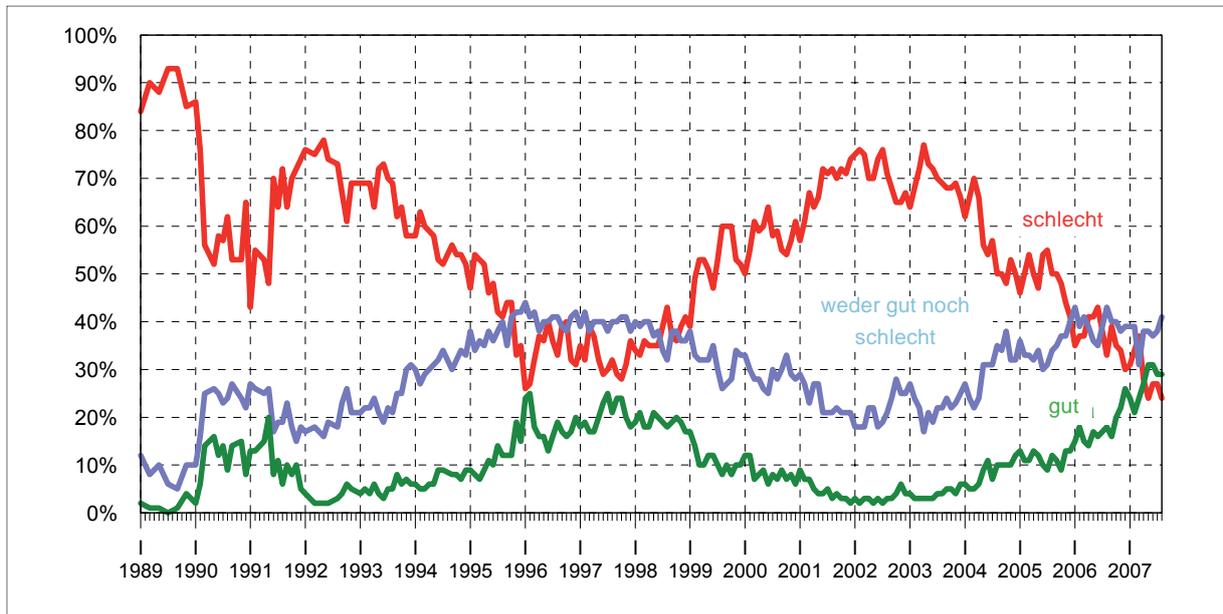
Quelle: CBOS, BS/126/2007 Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Wie schätzen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Polen ein?

	08/06	09/06	10/06	11/06	12/06	01/07	02/07	03/07	04/07	05/07	06/07	07/07	08/07
Gut	18	16	20	22	26	24	21	24	27	31	31	29	29
Weder gut noch schlecht	43	40	40	38	39	39	39	31	38	38	37	38	41
Schlecht	33	39	35	34	30	31	34	37	28	24	27	27	24
Schwer zu sagen	6	5	5	7	5	7	6	8	7	7	5	6	5

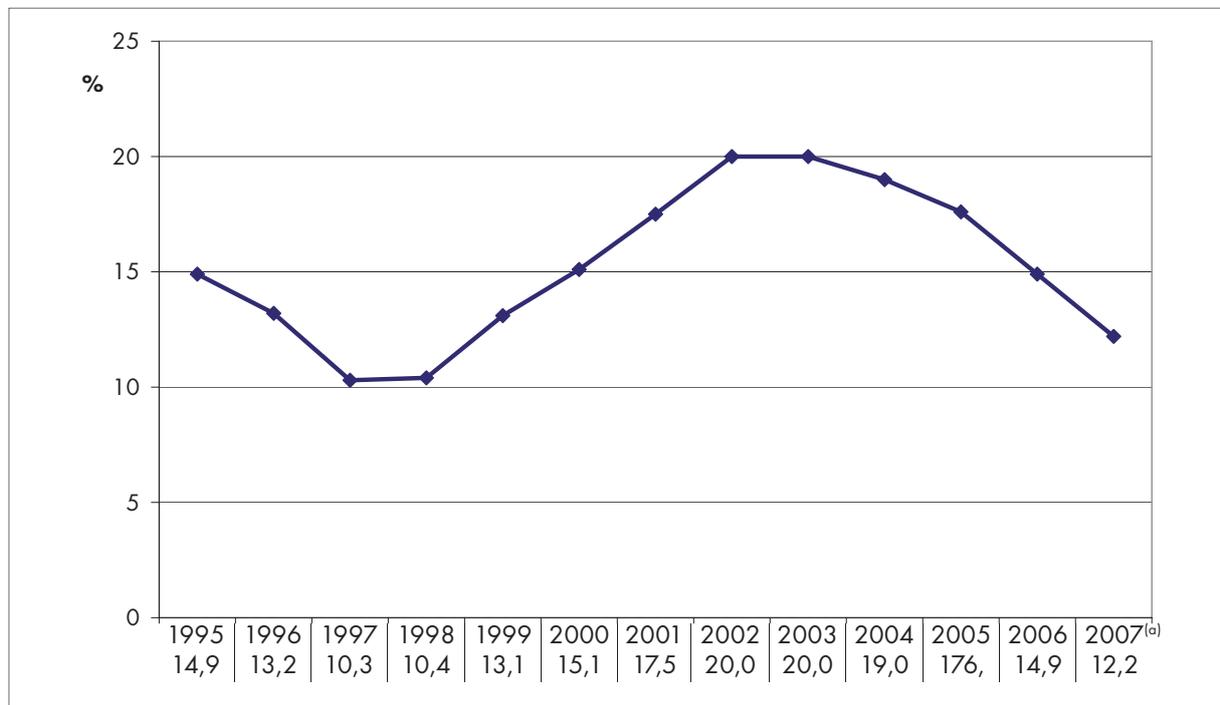
Quelle: CBOS, BS/127/2007: Nastroje społeczne w sierpniu [Die gesellschaftliche Stimmung im August]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Wie schätzen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Polen ein?



Quelle: CBOS, BS/127/2007: Nastroje społeczne w sierpniu [Die gesellschaftliche Stimmung im August]. Warszawa, 08 / 2007, www.cbos.pl

Arbeitslosenquote 1995 – 2007 (in %)



Alle Angaben jeweils für Ende Dezember

^(a) Angabe für Juli nach Gnauck (siehe Text)

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Bezrobocie rejestrowane I kwartał 2007r. [Hauptstatistikamt: Die registrierte Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 2007.], Warszawa 2007, www.stat.gov.pl

Dokumentation

Die Debatte zu den Anträgen auf Auflösung des Sejm (eine Auswahl in der Reihenfolge der Redner)

Sitzung des Sejm vom 07.09. 2007

Jerzy Szmajdziński, Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD (Demokratische Linksallianz)

Herr Marschall! Hohes Haus!

Vorgezogene Wahlen sind immer eine spektakuläre Niederlage der Regierungsmannschaft. Diese Niederlage der PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) ist eine sehr gute Nachricht für die Polen. Die Umfragen lassen seit Monaten keinen Zweifel. [...] Bevor wir aber für die Verkürzung der Legislaturperiode des Sejm stimmen und also dafür, Jarosław Kaczyński in die Sphäre des unrühmlichen Gedenkens zu schicken, wollen wir unseren Landsleuten sagen, dass es nicht die Demokratische Linksallianz verschuldet hat, dass sich die Erkenntnis der ganzen Wahrheit über die Ruchlosigkeit derer, die jetzt abtreten, verzögern wird. Wir haben ein konstruktives Misstrauensvotum und die Verkürzung der Sejmperiode vorgeschlagen, und zwar gerade in dieser Reihenfolge: Zuerst die Berufung einer neuen Regierung und die Berufung von Untersuchungsausschüssen, die den Tod von Barbara Blida und die Aktion im Landwirtschaftsministerium untersuchen sollten und auch die Aussagen von Janusz Kaczmarek und Konrad Kornatowski verifizieren sollten, und anschließend ganz schnell Wahlen. Das wahre Gesicht von Jarosław Kaczyński würde enthüllt werden, ein Gesicht ohne Helm und Visier. Nach einem solchen Drehbuch hätten die Bürger das unerlässliche Wissen, um eine verantwortliche Wahlentscheidung zu treffen, sowie die Garantie ehrlicher Wahlen. Wir wollten, dass die Staatsanwälte von Herrn Ziobro nicht die Wahllisten entwerfen, dass sie nicht an der Wahlkampagne teilnehmen, was sie übrigens schon tun.

Die Entscheidung des Gerichts, Janusz Kaczmarek festzunehmen, ist nur einer der Beweise dafür, dass dies Staatsanwälte sind, die der Politik dienen und nicht dem Gesetz. Die Dienste von Herrn Ziobro sind immer zur rechten Zeit zur Hand; die Gerechtigkeit kommt im Allgemeinen später. Wir wollten das verhindern. Wir wollten, dass die Bürger vorher die Wahrheit über die PiS kennenlernen. Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) hat dieses Drehbuch allerdings aus Gründen, die wir uns nur denken können, abgelehnt. Die Bürgerplattform hat es bevorzugt, die Verantwortung für von der PiS diktierte Bedingungen auf sich zu nehmen, unter denen diese Wahlen durchgeführt werden.

[...] Meine Damen und Herren Abgeordnete! Seit den ersten Tagen der Regierung von Recht und Gerechtigkeit können wir eine empörende Verachtung für das Recht und die Gerechtigkeit beobachten, für die zivilisierten politischen Normen, für die Grundregeln des öffentlichen Zusammenlebens. Seit vielen Monaten haben wir es ununterbrochen mit politischen Skandalen zu tun. Wir leben in einer permanenten Krise, die jeden Augenblick mit neuen Sensationen aufs Neue entfacht wird. Polen wird systematisch vergiftet. Überwachungen, heimliche Tonbandaufnahmen von Regierungsmitgliedern, das Abhören und Ausspionieren von Journalisten, Provokationen, eine Welle gegenseitiger Anklagen, Unterstellungen, nicht aufgehörende Wortgefechte, Streit, Schmähungen und undichte Stellen sind alltäglich geworden. [...]

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Recht und Gerechtigkeit und den Koalitionspartnern – wir erinnern uns, dass es mal Koalitionspartner und eifrige Helfer gab, Roman Giertych und die Selbstverteidigung (Samoobrona) – ihnen allen reichten nicht ganz zwei Jahre, um sich zu kompromittieren und Polen in eine politische Notlage zu führen. [...] Warum? Weil die einzige Idee der Brüder Kaczyński und ihrer Partei Recht und Gerechtigkeit für Polen sich auf Machterhalt durch den Kampf mit dem Feind zurückführen lässt. [...] Der PiS gelingt nichts so gut, wie Feinde zu finden. Jeder kann ein Feind sein: die SLD, Krankenschwestern, die Tageszeitung Gazeta Wyborcza, TVN oder Polsat, Kuroń, Miłosz und Gombrowicz, der Sprachwissenschaftler Miodek, die Publizisten Passent und Toeplitz, „Intelligenzler“, die Außenminister mit Ausnahme von Frau Fotyga, Wałęsa, Kwaśniewski, Jaruzelski natürlich, Schwule und Feministinnen, Deutschland und Russland, Richter, das Verbot der Todesstrafe. Feinde sind auch in den eigenen Reihen, nämlich diejenigen, die sich entschieden haben, keine schmutzige Wäsche im eigenen Kreis zu waschen, und sogar Kazimierz Marcinkiewicz, über den Ministerpräsident Kaczyński unlängst sagte – ich zitiere:

„Wir haben Herrn Marcinkiewicz Unrecht getan, als wir ihn zum Ministerpräsidenten gemacht haben. Er hat es nicht ausgehalten, Ministerpräsident zu sein. Er hat es auch nicht ausgehalten, dass er dann nicht mehr Ministerpräsident war, obwohl er doch die Chance bekam, Stadtpräsident von Warschau zu werden. Kazimierz Marcinkiewicz tanzte wunderbar auf Kinderbällen. Wenn es aber um die anderen Angelegenheiten geht, war es bedeutend schlechter.“ Aus Euren Feinden könnte man eine umfangreiche Enzyklopädie der politischen Pathologie zusammenstellen. Das wäre übrigens auch das einzige große Werk, das Ihr innerhalb dieser zwei Jahre fertiggestellt hättet.

Hohes Haus! Recht und Gerechtigkeit baut vollkommen bewusst und geplant einen autoritären, parteiischen, ideologischen, fundamentalistischen und nationalistischen Staat auf. Die autoritäre Macht erträgt keine Autoritäten. Deshalb [...] die Verächtlichmachung der „Intelligenzler“ und die Orwellschen Hass-Séancen, die kräftig vom Institut des sog. Nationalen Gedenkens unterstützt werden. Der autoritäre Staat erträgt keine unabhängigen Rechtsinstitutionen. Deshalb der Angriff auf das Verfassungsgericht und das schändliche Verhalten des Abgeordneten Mularczyk.

Natürlich gibt es Staatsanwälte, Anwälte und Richter, die das Vertrauen der Machthaber genießen. Die überwältigende Mehrheit muss allerdings ständige Beschimpfungen und Angriffe auf ihre Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit erleben. Deshalb die Rechtsänderungen, damit der Justizminister in die Arbeit der Richter und Gerichte eingreifen kann. Daher der Bruch mit dem fundamentalen systembedingten Grundsatz der Dreiteilung der Macht und die Unterordnung der Judikative unter die Exekutive [...]. Eine unabhängige Legislative stört die autoritäre Macht. Seit Anfang dieser Sejmsperiode erlebt jene permanente Zuckungen. Das Recht wird missbraucht, Regeln werden gebrochen, arrogante parteiische Marschälle machen aus dem Hohen Haus ein Werkzeug der Parteipolitik der PiS, provozieren Streit im Sejm, um dessen Rang herabzusetzen, um aufschreien zu können, dass wir im Parlament Chaos haben und Ordnung in der Regierung.

[...] Der autoritäre Staat erträgt keine unabhängigen Medien. Deshalb diese und keine andere Art, den Landesrundfunk- und Fernsehrat zu berufen, die vollständige Unterordnung der öffentlichen Medien und die Säuberungen unter den Journalisten, wie es sie in der Geschichte dieser Medien noch nicht gegeben hat, insbesondere im Radio mit den berühmten Herren Czebański und Targalski.

Der autoritäre Staat braucht weder eine Selbstverwaltung noch eine Bürgergesellschaft. Er weiß selbst besser, was der Bürger braucht. Deshalb wurde auch die Entwicklung der Selbstverwaltung gestoppt und der Zentralismus gestärkt. Den unteren Stufen wurden keine neuen Kompetenzen vermittelt. Es wurde aber die administrative Kontrolle über die Selbstverwaltungen verstärkt. Eine Barriere, die der Entmündigung entgegenwirkt, bleiben zum Glück die Gesetze und die Praxis der Europäischen Union.

Im Bereich Bildung wurde die Entwicklung zurückgedreht, v.a. was das Bildungsprogramm betrifft. Der Streit über den Lektürekanon ist nicht das Ergebnis der Beschränktheit des Bildungsministers, sondern die Konsequenz des allgemeinen staatlichen Konzepts, das trotz Widerständen eingeleitet wird. Die katastrophale Senkung des Niveaus des Schulwesens ist eine Tatsache. Erziehung und Bildung und der Jugend ins Gesicht zu schlagen ist eine Etappe auf dem Weg, der ganzen Gesellschaft ins Gesicht zu schlagen.

Der Gesellschaft den Willen der Regierenden aufzuzwingen, soll die gesellschaftliche Ordnung, die auf dem Weg des Konsens und des Dialogs aufgebaut wird, ersetzen. Verständnis, Partnerschaft, gesellschaftlicher Dialog existieren nicht, wurden zerstört. Bewusst werden die gesellschaftlichen Symbole aus der jüngsten Geschichte entwertet, die auf die Fähigkeit der Polen, den gesellschaftlichen Frieden aufzubauen, verweisen, wie z.B. der „Runde Tisch“, und die uns Unterstützung und Anerkennung in der internationalen Gemeinschaft gegeben hatten. [...]

Gleichzeitig allerdings erweist sich der von Recht und Gerechtigkeit und den Brüdern Kaczyński regierte Staat, der so leistungsfähig in der Bekämpfung der eingebildeten Feinde ist, als merkwürdig ratlos gegenüber den aktuellen gesellschaftlichen Problemen. Er verliert die Fähigkeit, diese Probleme zu lösen. Ein Beispiel mag die Situation im Gesundheitswesen sein: erschöpfte Krankenschwestern, verzweifelte Ärzte und immer stärker in ihren Rechten bedrohte Patienten. [...]

Die Regierung von Recht und Gerechtigkeit, obgleich von kurzer Dauer, massakrierte die Position Polens auf der internationalen Arena. Aber laut Wahlversprechen hätten wir eines der bedeutendsten Länder unseres Kontinents sein sollen, dessen Position von niemandem in Frage gestellt werden kann. Und nun ist es passiert. Noch nie wurde über Polen so viel geschrieben wie heutzutage. Und noch nie wurde über Polen so schlecht geschrieben. Nie wurde über die polnischen Machthaber gespottet, und heute ist das allgemein üblich. Das betrifft Europa, Amerika und sogar China. Es treten Meinungen auf, dass Polen unter den Kaczyńskis anfängt, die Europäische Union zu bedrohen. Ist das der angekündigte Schutz des nationalen Interesses? Statt die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn zu pflegen und zu entwickeln, haben wir eine fatale Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und noch schlechtere als bisher mit Russland. Von allen Seiten kommt uns immer mehr Unwillen und Irritation aufgrund des

Verhaltens der polnischen Regierung entgegen. Wir haben es mit einer permanenten Blamage der Außenministerin zu tun. Die Säuberung im Außenministerium hat das Ressort die Fachleute gekostet. Geblieben sind hauptsächlich Ideologen und Pantoffelhelden. Das heißt heute nach Ministerpräsident Kaczyński: harte Außenpolitik. Ihr Ergebnis ist die Belebung des Gespenstes der Vergangenheit, aber ein Konzept für die Zukunft besitzt sie nicht. Die Politik der PiS macht aus Polen einen Turm im Belagerungszustand. Sie führt in die Isolation, Vereinsamung. Diese unverständliche und schädliche Politik vergrößert den Unwillen und die Feindseligkeit gegenüber Polen. [...] Dieser Typ von Politik ist weder mit den polnischen Hoffnungen noch mit den europäischen Standards zu vereinbaren noch mit dem Willen, in gesellschaftlichem Frieden und freundschaftlichen Beziehungen mit der Welt zu leben. [...] Ungeachtet der weiteren Entwicklung ist der politische Bankrott eine Tatsache, ähnlich wie der moralische Bankrott von Recht und Gerechtigkeit. [...] Ein Drogendealer im Präsidentenpalast, politische Korruption im Sejm, Korruption im Sportministerium, eine Sexaffäre, eine skandalöse Aktion des Zentralen Antikorruptionsbüros, der dramatische Tod von Barbara Blida, die Lügen des Justizministers, der versuchte, seine moralische Verantwortung für diesen Tod zu verringern. Das sind nur einige Gründe, die uns erlauben festzustellen, dass von der moralischen Erneuerung nur Witze und Beschämung zurückgeblieben sind. Die Idee der IV. Republik, der Staat des Rechts und der Gerechtigkeit wurde von ihren Urhebern zertrümmert. Es gibt keine und es sollte nie drei Mio. Wohnungen und Hunderte von Autobahnkilometern oder einen billigen Staat geben. Die Distanz zwischen uns und Europa vergrößert sich. [...]

Aber vielleicht wollen wir, die Linke und Demokraten, zu viel? Natürlich, wir wollen einen solidarischen Staat, weil wir finden, dass der Staat und seine Bürger gegenseitige Pflichten haben, aber wir wollen keinen Polizeistaat. Wir wollen einen Staat der Bürger und keinen Staat der Staatsanwälte. [...] Wir wollen einen Staat, der die Verfassung respektiert, der von der Kirche getrennt ist, in dem Bischöfe oder Erzbischöfe nicht den Ministern drohen. Wir wollen einen Staat, in dem Frauen und Männer gleich sind. Wir wollen aus Polen einen der Anführer für die weitere europäische Integration, sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen, machen. Polen muss das Image eines Landes wiedererlangen, das vorhersehbar, freundschaftlich und kompetent mit anderen Staaten, insbesondere mit seinen Nachbarn, zusammenarbeitet.

Wir wollen den gesellschaftlichen Dialog und die Achtung der öffentlichen Meinung und nicht ihre Geringschätzung, wie z.B. im Fall der Anwesenheit Polens im Irak oder des Raketenabwehrschildes. [...]

Wir wollen einen Staat mit leistungsfähigen Gerichten und unausweichlichen Strafen für Verbrecher, aber wir wollen keinen Staat, in dem auf Pressekonferenzen der Justizminister die Urteile verkündet. Wir wollen einen Staat, der erfolgreich mit der Korruption kämpft, aber keinen Staat, der Korruptionsaffären provoziert und selbst das Gesetz bricht. Die sogenannten Seilschaften, die Standardparole der Brüder Kaczyński, haben sich als das erwiesen, was sie von Anfang an waren – ein Mythos. Als sich herausgestellt hat, dass es sie nicht gibt, wurden sie unter der Schirmherrschaft der Brüder Kaczyński erschaffen und werden nun zerschlagen. Die Idee des Kampfes mit der Korruption unterlag im Ergebnis der Regierung von Recht und Gerechtigkeit der Erosion und Kompromittierung; die PiS hat das selbst zerstört, indem sie diese Idee von Anfang an zum Werkzeug für einen rücksichtslosen politischen Kampf gemacht hat. Wenn die Regierung Musterbeispiele zu Demonstrationszwecken plant, und sie plant sie im Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten und des Justizministers, dann bedeutet das, dass ihre Intentionen politisch sind und von den deklarierten abweichen. Und so ist es auch. Dabei sollte man solche Instrumente wie Öffentlichkeit, Klarheit, Prophylaxe und Prävention, Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen entwickeln und nicht nur ständig Repressionen verschärfen.

[...] Meine Damen und Herren! Dank der Anstrengungen der polnischen Gesellschaft in den vergangenen 17 Jahren, dank der Wirtschaftsreformen, dank des Beitritts Polens zur Europäischen Union sind gegenwärtig Bedingungen entstanden, die es uns ermöglichen, uns mit der nach Meinung der Linken und Demokraten größten Herausforderung zu messen, nämlich mit der Befreiung der Polen von ihren Ängsten um ihre und ihrer Kinder Zukunft. Wir sind stolz auf unseren Anteil an den Erfolgen Polens und uns gleichzeitig unserer Unterlassungen und Fehler bewusst, ja, Fehler haben wir auch begangen, wir leiden nicht an Amnesie. [...] Wir würdigen unsere Erfolge und ziehen aus unseren Niederlagen Schlussfolgerungen, wir wollen ein rechtsstaatliches, modernes und gerechtes, laizistisches und tolerantes, dem Bürger freundlich gesonnenes Polen aufbauen und also alles ausmerzen, was beim Erreichen dieser Ziele stört. Und das wichtigste politische Hindernis ist Recht und Gerechtigkeit. Die Verkürzung der Sejmsperiode und vorgezogene Wahlen sind der erste Schritt, die PiS von der Macht abzulösen. [...] Das birgt die Hoffnung auf ein Ende dieses wütenden und vor allem sinnlosen polnisch-polnischen Krieges. Den zweiten Schritt, den wichtigsten, müssen die Wähler gehen. Jede Stimme wird Gewicht für die Veränderung zugunsten einer neuen Politik, einer neuen Hoffnung haben. Davon bin ich überzeugt.

Jacek Kurski, Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)

[...] zum ersten Mal seit 17 Jahren, zum ersten Mal im freien Polen stellt die siegreiche Partei, die Regierungspartei einen Antrag auf Verkürzung der Sejmsperiode. Sie hat diesen Mut. Bisher hatten sich alle krampfhaft an ihre Posten geklammert. Ich möchte hiermit den Abgeordneten und meinen Kollegen und Kolleginnen der Fraktion Recht und Gerechtigkeit meine Anerkennung aussprechen, dass sie im Namen des Guten für Polen das Zeugnis, das eigene Mandat abzugeben, höher stellten als Egoismen und Partikularismen, das Risiko, das eigene Mandat für Polen im Moment einer Krise abzugeben, denn in diesem Augenblick beweisen sie, dass sie für das Gute des Landes handeln und nicht im Namen des privaten Vorteils, ich danke den Kollegen herzlich.

Wir geben dem Hohen Haus den Beschluss über die Verkürzung der Legislaturperiode zur Erwägung, obwohl Polen eine gute Regierung hat, obwohl Polen in die richtige Richtung geht, obwohl die Regierung von Jarosław Kaczyński erfolgreich die zivilisatorische Chance des Fortschritts nutzt, die uns als Nation gegeben ist. Wenn wir den Antrag auf Verkürzung der Legislaturperiode stellen, dann deshalb, weil dies die Regeln der Demokratie und die Grundsätze der Ehrlichkeit verlangen. Deshalb, weil das grundlegende Prinzip der Demokratie Ehrlichkeit gegenüber den Wählern verlangt. Entweder besitzt man die Mehrheit und kann das Programm zur Erneuerung Polens verwirklichen oder man hat diese Mehrheit nicht. Die bisherige Existenzform der Koalition hat ihre Möglichkeiten ausgeschöpft. Aber heute stehen wir vor der Gesellschaft mit offenem Visier, sehen den Menschen gerade in die Augen und sind imstande, uns der Überprüfung des Wählerauftrags zu unterziehen, denn wir sind der Ansicht, dass uns dazu die Bilanz der Regierungszeit von Recht und Gerechtigkeit bevollmächtigt, die Ergebnisse dieser Regierung sowie der Platz, den Polen einnimmt.

Vor 20 Monaten hat Recht und Gerechtigkeit die Regierung des Landes mit fast 40 % Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, einer vernachlässigten Infrastruktur, Wohnungsmangel, der Krise der Familie, Pathologien, einem unvorstellbaren Ausmaß an Rückständen, die Polen in den dauerhaften Status tiefster europäischer Provinz zu führen drohten, übernommen. Wir haben einen Staatsapparat voller lobbyistischer, krimineller Seilschaften übernommen, der unfähig war, eine Wirtschaftspolitik aufzubauen, einen Apparat, der anstatt ein Werkzeug der Nation zu sein, ein Werkzeug privilegierter Gruppen der III. Republik geworden war, der den staatlichen Besitz übernommen und die Nation mit einer ungeheuren Korruptionssteuer belastet hat. Im Jahr 2005 entfielen 70 % der Stimmen auf die Gruppierungen, die die bisherige Ordnung ablehnten. Das Land aus dem Kollaps, in dem es sich befand, herauszuführen, erforderte die Bildung einer rechtmäßigen Regierung mit starkem Rückhalt. Die Hoffnungen der Wähler, die gesellschaftlichen Hoffnungen richteten ihren Blick auf eine Koalition von Recht und Gerechtigkeit und Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO). Diese beiden Gruppierungen erhielten die Mehrheit der Stimmen, 51 %, und über 61 % der Sitze im Parlament. Leider erwies sich die Bürgerplattform nach dem doppelten Wahlschock als nicht in der Lage, zusammen mit Recht und Gerechtigkeit die Angelegenheiten des Landes zu schultern.

Herr Donald Tusk hat, gesteuert von persönlichen Gefühlen, Rache und Revanche den Vorschlag, gemeinsam mit uns die polnischen Angelegenheiten nach vorn zu bringen, abgelehnt. Dessen ungeachtet hörte ganz Polen, wie Jarosław Kaczyński der Bürgerplattform den Posten des Marschalls und die Hälfte der Ministerien in einer gemeinsamen Koalitionsregierung angeboten hat. Als wir mit Herrn Marek Jurek den Marschall aus den Reihen der PiS gewählt haben, boten wir der Bürgerplattform sogar die Mehrheit der Ministerien in einer gemeinsamen Regierung an. Auch dieses Angebot wurde von der Bürgerplattform abgelehnt.

Als sich herausstellte, dass wir mit der Bürgerplattform nicht regieren können, schlugen wir Neuwahlen vor. Zuerst im Februar über die Medien, später im März und April, dann schon in vollständig formaler Art und Weise. Aber auch dieser Vorschlag [...] wurde von der Bürgerplattform abgelehnt. Angesichts dieser Ablehnungen seitens der Bürgerplattform –sowohl der Offerte einer gemeinsamen Regierung mit uns als auch der vorgezogener Wahlen, die eine Mehrheit hätten zutage fördern können, – schloss Recht und Gerechtigkeit im Gefühl der Verantwortung für Polen sowie im Namen eines Programms zur Erneuerung des Staates die damals einzig mögliche Koalition mit der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) und der Selbstverteidigung (Samoobrona). Es war eine schwierige Koalition. Heute, da wir in einem gewissen Konflikt stehen, da diese Koalition auseinandergebrochen ist, gilt es bei der Wahrheit zu bleiben und zu sagen, dass die Koalition, obwohl sie schwierig war, sehr viel Gutes für Polen gemacht hat. Die Koalitionäre unterstützten vollständig unser Programm der Umgestaltung des Staates und der Neuorientierung seiner Politik in Richtung gesellschaftlicher Solidarität, mit dem Ziel, dass von dem Wirtschaftswachstum alle Polen profitieren und nicht nur die kleine Gruppe der Reichsten so wie während der 16 Jahre der III. Republik. Unsere Koalitionspartner stimmten mit uns überein, dass die Erneuerung der Republik erforderte, dass die Nation die Instrumente zurückerhielt, die sich seit Jahren nur vermeintlich in ihrer Hand befanden

und ihr de facto den Rücken kehrten bzw. schädlich für sie waren, dass es erforderlich war, den Staat für die Polen zurückzuerobern.

Trotz der feindseligen politischen und medialen Aura trat in den letzten zwei Jahren in Polen der große Anfang von Veränderungen ein, und das in allen Bereichen. Veränderungen auf zwei Gebieten, auf dem Gebiet der Institutionen, des Aufbaus neuer Institutionen sowie vor allem auf dem Gebiet der Verwirklichung einer Staatspolitik, deren Inhalt ein solidarisches Polen ist.

Wenn es um die Institutionen geht, so haben wir eine Finanzaufsichtsbehörde berufen, was das Ende der fatalen Ära des Einflusses der Bank- und Importlobby bezeichnete. Wir haben einen neuen Vorsitzenden der Polnischen Nationalbank berufen, der im Interesse Polens und nicht nur ausländischer Spekulationskreise agiert. Es entstand das zentrale Antikorruptionsbüro, ein Instrument des realen Kampfes mit den Pathologien, gegen die der Staatsapparat etwas auszurichten nicht in der Lage war. Das Büro zeitigt schon erste Erfolge.

Die Auflösung der Militärischen Geheimdienste wurde vollzogen, insbesondere der dunklen Struktur der III. Republik, die schuld an der Inspiration und Verschleierung pathologischer Tätigkeiten und Affären war. Die De-Ubekisierung („UB“ kurz für: Urząd Bezpieczeństwa Publicznego – Amt für Öffentliche Sicherheit; Anm. d. Übers.) der Polizei und anderer Dienste dauert ebenso an wie umfassende Veränderungen im Apparat des Innenministeriums. Dank der energischen Tätigkeit des Justizministers wie der Strafverschärfung oder der 24-Stunden-Gerichte ist eine reale Reduzierung der Kriminalität in Polen zu verzeichnen. Affären werden aufgedeckt, und in die Gefängnisse kommen endlich die bisher nicht belangbaren Menschen von den ersten Seiten der Zeitungen.

Die Warschauer Seilschaften wurden gekappt; gegen sie laufen Ermittlungsverfahren. Die Mafia im Finanzministerium wurde zerschlagen, die Benzinmafia ist zerschlagen, 135 Verhaftungen, darunter 25 Polizisten. Zerschlagen wurde die Fußballmafia, mit der die III. Republik 17 Jahre lang nicht fertig wurde. 100 Festnahmen, 70 Anklagen. Intensiv untersucht werden die pathologischen, betrügerischen Privatisierungen der wichtigeren Bestandteile des polnischen nationalen Eigentums. Die Ordnung des außergewöhnlich kranken Bereichs wie es in der Vergangenheit die Spezialdienste waren, dauert an. Wir haben das Gesetz zur De-Ubekisierung vorbereitet, das den Leuten des Gewaltapparats der Volksrepublik die privilegierten Pensionen aberkennt. Wir zerschlagen die Berufskooperationen, die in Kungelmanier Tausenden junger begabter Polen ohne Zugang und Seilschaften das Fortkommen in freien Berufen unmöglich gemacht haben.

Die Institutionen sind wichtig, sie wären aber nichts, gäbe es nicht die Umsetzung einer staatlichen Politik neuen Inhalts, eines Inhalts, der sich auf die Anforderungen, die sich aus dem Erbe der „Solidarność“ ergeben, beruft. Die Regierung von Recht und Gerechtigkeit unternahm energische Handlungen, um das Leben derjenigen Gruppen zu verbessern, die in der III. Republik am stärksten verfolgt wurden. Die größte Schande der vergangenen Kadenz, d.h. hungrige, schlecht ernährte Kinder, wurde bedeutend begrenzt. Im Budget fanden sich dafür endlich Gelder, 600 Mio. Zloty im Jahr 2006, weitere Millionen in diesem Jahr. Während die SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, Demokratische Linksallianz) ihre Regierungszeit mit Kürzungen begann und mit der Abschaffung des Mutterschaftsurlaubs, treten wir dem Geburtenrückgang mit der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von 26 auf 39 Wochen ab dem Jahr 2011 entgegen. Während die SLD ihre Regierungszeit mit der Streichung des Alimentefonds begann, führen wir diesen wieder ein, um Frauen in Bedarfssituationen zu unterstützen.

Wir haben buchstäblich vorgestern weitere Formen der Unterstützung für Familien eingeführt, wie z.B. Begünstigungen bei Kindern. Wir haben, gemeinsam mit der Liga Polnischer Familien, das doppelte sog. Wiegegeld eingeführt. Das sind reale Erfolge.

Es lohnt, diese tatsächlichen Fakten zu vergleichen und diese tatsächliche gesellschaftliche Empathie der Regierungskoalition von Recht und Gerechtigkeit mit der pseudosensiblen der Kaviar-Linken SLD zu konfrontieren. Erinnern wir uns an die Anfänge der SLD-Regierung, die Aufhebungen, von denen ich gesprochen habe, des Mutterschaftsurlaubs, der Stipendien, der Ermäßigungen, der Zuschüsse für Fahrkarten für Studenten, an die Belka-Steuer oder an die kuriose Streichung der Zuwendung von 18 Mio. Zloty für die Volksküchen. Das ist die Gegenüberstellung, das wahre, solidarische Polen und die Kaviar-Linke, die Zuschüsse für die Volksküchen streicht, und auf unserer Seite die zusätzliche Speisung für Kinder. Das ist die Konfrontation des kommunoliberalen Polens mit dem solidarischen Polen.

Wir haben die Ausgaben für den Haushalt für das Gesundheitswesen um mehr als 7 Mrd., das sind 20 %, in diesem Jahr erhöht. Ärzte und Pflegepersonal haben die seit Jahren höchste Lohnerhöhung erhalten.

Vor einer Woche wurde ein sehr wichtiges Gesetz zwischen der Regierung und den Gewerkschaften unterzeichnet, das den Mindestlohn um fast 200 Zloty anheb, das sind tatsächlich vorhandene konkrete Gelder für die Polen. Wir haben die Tendenz durchbrochen, das polnische Dorf als Bereich vorprogrammierter Vernachlässigung zu behandeln. Wir leiten außergewöhnlich hohe Summen in die Entwicklung der ländlichen Gebiete. Wir haben das Gesetz

über Biokraftstoff eingeführt, Zuschüsse für Benzin für die Landwirtschaft, wir haben die Höhe der Sozialhilfe für ländliche Gegenden erhöht, wir haben eine höhere sog. Milchquote ausgehandelt und niedrigere Strafen bei ihrer Überschreitung. [...]

Unter der Regierung des Kabinetts von Jarosław Kaczyński verzeichnet Polen ein rekordverdächtiges Wirtschaftswachstum bei der niedrigsten Inflation Europas. Wir verzeichnen eine deutlich sinkende Arbeitslosenzahl, in Kürze schon im einstelligen Prozentbereich. Ein großer Erfolg der Regierung von Recht und Gerechtigkeit zu der Zeit, als noch Kazimierz Marcinkiewicz Ministerpräsident war, war das Aushandeln der Summe von 67,5 Mrd. Euro in der Agenda der Europäischen Union für die Jahre 2007 – 2013.

Dank der Verbesserungen im Verfahren, europäische Fonds zu nutzen, erhielt Polen 2006 fünf Mal höhere Mittel als in den Jahren 2004 und 2005 zusammen. Das schafft eine reale Grundlage für die Verwirklichung großer Vorhaben, die bisher überhaupt nicht glückten, oder für solche wie Autobahnen – über die Sie spotten, aber zu Ihrer Zeit gab es überhaupt keine Autobahnen, zur Zeit von Herrn Pol, zur Zeit der Regierung der Kollegen von Herrn Tusk – und die heute in ganz Polen beginnen, sich in blühende Bauplätze zu verwandeln. [...]

Recht und Gerechtigkeit durchbrach die langjährigen Komplexe der Parteien der weißen Fahne und erlangte den Polen gebührenden Platz auf der internationalen Arena wieder. [...]

Wir zählen in der Europäischen Union, was am besten der große Erfolg beweist, den die Opposition zu verspotten versuchte, der aber ein unbezweifelbarer Erfolg ist, nämlich die von unseren Verhandlungsführern in Brüssel herbeigeführte Verlängerung der Gültigkeit des Vertrags von Nizza bis 2017. [...] Die Verlängerung der Gültigkeit bis 2014 mit von der Stimme eines einzelnen Landes abhängigen Option, d.h. de facto von Polen, bis 2017 bedeutet, dass Polen im Rahmen der Europäischen Union fast über so viele Stimmen verfügt wie Deutschland; Deutschland 29, wir 27 und das noch während der nächsten zehn Jahre. Wenn Sie darüber lachen, dann vergleichen Sie, welche Verträge in der Zeit geschlossen wurden, als Polen die Kollegen von Herrn Donald Tusk regierten, solche wie Jan Krzysztof Bielecki. Erinnert Euch an den Vertrag vom 14. Juni 1991 (richtig: 17. Juni, deutsch-polnischer Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit; Anm. d. Übers.), der keine für Polen wichtige Frage gelöst hat, und noch heute müssen wir per Gesetz unseren Einwohnern das Recht garantieren, das Eigentumsrecht für unsere Bewohner der Westgebiete.

Wir schlagen gleichberechtigte Beziehungen mit den Deutschen und mit allen in Europa vor, Ihr habt die vollständige Kapitulation vorgeschlagen.

Wir befreien das Land von den Erpressungen bei Öl- und Gaslieferungen, mit denen Polen über Jahre nicht fertig geworden war. Die Entscheidung der Regierung, bis 2010 einen Gasport zu bauen sowie Diversifizierungsinitiativen reißen uns aus der Hilflosigkeit und legen endlich eine souveräne Politik im Bereich der Energiesicherheit unseres Landes fest.

Unser Land zögert nicht, ein Veto einzulegen, wenn es um seine lebenswichtigen Interessen wie das Budget der Europäischen Union oder die Diskriminierung unseres Exports geht. Von der starken Position Polens in Europa zeugt, dass unserem Land nach Intervention von Staatspräsident Lech Kaczyński gemeinsam mit dem Präsidenten der Ukraine Viktor Juschtschenko die Organisation der prestigeträchtigen drittgrößten Veranstaltung der Welt, der Euro 2012, zugesprochen wurde.

Euch regen diese Erfolge schrecklich auf. Ihr seid voller Neid und habt allen Grund dazu. Man muss Polen achten, denn nur dann wird es auch geachtet werden. Wir geben den nationalen Symbolen ihre Würde zurück, wir geben der Armee ihre Würde zurück und modernisieren ihre Ausrüstung. Der polnische Präsident schwankt nicht betrunken auf den Gräbern polnischer Offiziere in Charkiw. Der polnische Präsident hat die schöne Tradition der Aufmärsche in der Ujazdowski-Allee aus der Vorkriegszeit wiedereingeführt, er gibt dem polnischen Militär und der polnischen Nation den Stolz auf die polnischen Symbole zurück, wenn sich die F-16 mit weiß-rotem Schachbrettmuster als Hoheitszeichen in den blauen Himmel erheben.

Die Koalition, die hier mit uns anderthalb Jahre Polen regiert hat, war eine schwierige Koalition, aber trotz aller Schwierigkeiten war es eine Koalition zum Guten, in die Zukunft gerichtet [...]. Dennoch haben sich ihre Möglichkeiten erschöpft.

Im Zusammenhang mit den Umständen, die in den letzten zwei Monaten allgemein bekannt wurden, und im Namen unserer Grundsätze, wollten wir die Koalition auflösen. Aber wir sind in die richtige Richtung gegangen. Wir sind unseren Prinzipien treu geblieben, wir haben unsere Reihen kontrolliert. Nichts wäre leichter gewesen, als nach dem Muster der vergangenen Jahre alles unter den Teppich zu kehren, sich krampfhaft an die Macht zu klammern und zu regieren. Nein, wir wollten das unterbrechen und bei der Wahrheit bleiben. Und in dem Moment, als es nicht mehr möglich war, weiterzuregieren, in dem Moment, als die Behinderungen im Sejm sich sogar auf solche Angelegenheiten erstreckten, dass man nicht abstimmen und den neu gewählten Chef des Obersten Rechnungshofes

verteidigen konnte, stellten wir fest, dass die Grenze überschritten worden war und dass diese Koalition sich ihrem Ende näherte.

[...] In einer halben Stunde wird die Abstimmung sein, nach der Wahlen stattfinden werden. Wahlen, bei denen die Gesellschaft die Wahl haben wird, ob wir die Restbestände des Postkommunismus wieder aufgreifen, die sich noch nicht ausrotten ließen, oder ob wir sie zurückweisen. Ob wir ein liberales Polen aufbauen oder ein solidarisches Polen, ob wir in den Fesseln der III. Republik bleiben oder ob wir uns für die Fortsetzung eines normalen Staates entscheiden, gesund, stark, ehrlich, den Bürgern zugewandt, für den Bau der IV. Republik. Wir haben keine Angst vor dieser Wahl, aber darüber entscheiden wird der oberste Souverän, darüber entscheiden soll die Nation.

Vielen Dank.

Bronisław Komorowski, Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)

[...]

Meine Damen und Herren, kann es einen größeren Beweis für eine Niederlage geben, für das Eingeständnis einer Niederlage – nicht nur diesen Antrag auf Verkürzung der Parlamentsperiode, denn das zieht auch den Rücktritt der Regierung von Jarosław Kaczyński nach sich – aber kann es ein größeres Eingeständnis einer ideellen, programmatischen Niederlage geben als das, was wir in der Darstellung von Herrn Kurski gehört haben, der in Ihrem Namen sprach, meine Damen und Herren, der die Erfolge der PiS rühmte, hervorhob, dass in Ihrer Regierung Personen auftauchten, die komplett andere Ansichten hatten als Sie, diese Transfers aus der Bürgerplattform? Der Abgeordnete Kurski stellte dies heraus, obwohl Jarosław Kaczyński versucht hatte, Polen die Existenz einer Einteilung in ein solidarisches und ein liberales Polen einzureden. Dies schmerzt uns, Herr Abgeordneter, weil das eine der größten Täuschungen ist, ein Betrug der eines Goebbels wert wäre, Herr Abgeordneter. Das ist ein Betrug à la Goebbels, den Ihr selbst heute enthüllt, denn wenn Ihr selbst voller Stolz sagt, dass Professor Religa in der Regierung von Jarosław Kaczyński war, dann bekennt Ihr ja, dass er Euer Programm zum Schutz der Gesundheit ablehnte, dass er superliberale Ansichten hatte. Ihr gebt zu, dass Ihr so schwache programmatische und ideelle Grundlagen habt, dass Ihr nach einer Superliberalen wie Zyta Gilowska geangelt habt, gebt es zu! Bekennt gegenüber Polen, das Ihr vorgegaukelt habt, dass es in ein solidarisches und ein liberales Polen geteilt sei, denn Ihr wisst selbst ganz genau, dass das die komplette Unwahrheit ist.

Gibt es ein größeres Eingeständnis einer Niederlage als die Liste von Erfolgen, die der Abgeordnete Kurski angeführt hat, die Liste von Erfolgen, [...] wo Sie sich gebrüstet haben, dass wir das Problem des polnischen Fleischexports zum Problem von ganz Europa gemacht haben. Wissen Sie, für mich, und ich bin schon ein alter Hase in der Politik, für mich ist das Maß für Erfolg die Begabung, Probleme zu lösen, Ziele zu erreichen, aber Sie sagen, dass der Erfolg der PiS darin besteht, dass Ihr der Europäischen Union ein Problem beschert habt. Ich erinnere daran, dass der Ministerpräsident Eurer Regierung, der stellvertretende Ministerpräsident Eurer Regierung versprochen hat, das Problem des polnischen Fleischexports nach Russland zu lösen, er hat es versprochen – aber nicht eingelöst. Denn Eure Spezialität in der PiS ist die Vervielfältigung von Problemen und nicht ihre Lösung. [...]

Meine Damen und Herren, schön sollte es zugehen, klug sollte es zugehen, moralisch, es sollte ehrlich zugehen, erfolgreich, stolz, und es sollte solidarisch zugehen. Meine Damen und Herren, heute sehen wir eine Koalition, die auseinandergefallen ist und sich davor mit Dreck beworfen hatte. Für uns macht es keinen Unterschied, ob es mehr Gemeinheiten oder mehr Streit gab, das ist der Reiz an der Politik. Schön?! Ihr sagt selbst, dass Ihr mit Personen zweifelhaften Rufs regiert habt. Deshalb müsst Ihr Euch heute die Hände mit der Seife der Bürgerplattform reinwaschen, denn zwei Jahre lang habt Ihr einem Herrn Łyżwiński die Hand geschüttelt.

Klug sollte es sein, aber Ihr habt Polen die blödsinnige und schädliche Debatte geliefert, ob der Schriftsteller Sienkiewicz oder Gombrowicz wichtiger sei, Ihr wart es, die Polen generell mit dem Zweifel konfrontiert habt, ob man Darwins Theorie ernstzunehmen habe. Moralisch sollte es zugehen, meine Damen und Herren, [...] aber Sie müssen mir zustimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die moralische Revolution, die Ihr so sehr angekündigt habt, die Ihr so hoch auf die Standarten Eurer Bewegung gesetzt habt, im Hotelzimmer von Frau Beger endete. [...] Ihr könnt heute viel über die 40. Etage und die Kamera Nr. 16 erzählen, denn es ist wahr, allerdings war es Euer Minister und nicht unser. Das waren Eure Seilschaften, das war Euer zwielichtiges Netzwerk. Das waren Eure nebulösen Seiten, Eure Bewegung, und nicht unsere. Aber ich will Euch daran erinnern, ich möchte, dass Ihr behaltet, dass die erste Kamera, die den Glauben an die moralische Revolution zerstörte, die Kamera im Zimmer von Frau Beger in der dritten Etage war und nicht die in der 40. Ehrlich sollte es zugehen?! Aber Euer stellvertretender Ministerpräsident

wurde von Euch wegen des Verdachts auf Korruption angeklagt, unter Eurer Regierung war er Drogendealer in der Präsidentskanzlei.

Es sollte stolz zugehen, ja, stolz sollte es zugehen. Meine Damen und Herren, das ist das größte Problem der Polen und der jungen polnischen Generation, das Gefühl der Scham für die Regierungsmannschaft in Polen. Wir alle sind stolz auf die Bücher von Norman Davies, sie haben uns alle gebildet, nun ich hoffe, ich muss Herrn Minister nicht erklären, wer Norman Davies ist, entschuldigen Sie bitte, aber ich bin leicht irritiert. Dann erkläre ich es, das ist einer der wenigen, hervorragenden Historiker, hervorragenden Schriftsteller, die den polnischen Stolz auf der ganzen Welt rühmen, er ist eine Quelle des Wissens über Polen. Was sagt Norman Davies, was erwähnt er über seinen eigenen Sohn, dessen Mutter Polin ist? Ich zitiere, bitte denken Sie darüber nach, der Sohn dieses herausragenden Menschen, der Polen hervorhebt, sagt Folgendes: „Mir reicht es, tagtäglich lachen meine britischen Bekannten und erzählen, was in Polen die Kaczyńskis Neues ausgedacht haben. Ich will nichts mehr über diese Zwillinge hören.“ Sicherlich nicht diese Art von Ruhm hat Polen erwartet. Polen wird jetzt zu einem lächerlichen Land, das ist etwas Neues. Vor 20 Jahren, sagt Norman Davies, klagten wir, dass man so wenig über Polen wisse und schreibe, und jetzt schämt sich der Sohn von Norman Davies für Polen. Meine Damen und Herren, überdenken Sie dies, überdenken Sie dies, denn Polen war am Anfang der 90er Jahre Stolz und Inspiration ganz Europas. Es war die Inspiration für die Welt der freien Menschen, für die Welt der Menschen, die sich in die Freiheit durchgeschlagen haben. Wir waren die Anführer der Veränderungen in diesem Teil Europas. Heute sind wir die Nörgler, dank Euch.

Meine Damen und Herren, bekennt Euch zu dieser Niederlage, denn schließlich kompromittieren Euch alle die Worte von Ministerpräsident Kaczyński über Ministerpräsident Marcinkiewicz, dass dieser sich nur für Kinderbälle eigne. Eure Worte über Euren Minister Kaczmarek kompromittieren Euch. Die Tatsache, dass Ihr Herr Netzel, Herr Kornatowski und verschiedene andere sonderbare Gestalten erschaffen habt, kompromittiert Euch. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, habe ich folgende grundsätzliche Frage, woher dieser Glaube, woher Euer Übermut, dass Ihr gewinnt, dass Ihr Polen noch einmal einen missratenen Ministerpräsidenten stellen werdet, einen Herrn Kornatowski, einen Herrn Netzel, einen Herrn Dealer in der Präsidentskanzlei ebenso wie einen Herrn Kaczmarek.

Roman Giertych, Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)

[...]

Ihr habt gemeinsam den „Runden Tisch“ ins Leben gerufen – die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska –PO), Leute aus der SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, Demokratische Linksallianz) und der PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit). Ich habe hier einen interessanten Artikel, in dem Staatspräsident Kwaśniewski den Brüdern Kaczyński zu ihrer Teilnahme am Runden Tisch gratuliert. Herzlichen Glückwunsch. Gemeinsam habt Ihr die III. Republik aufgebaut; heute beansprucht Ihr die Rolle derer, die mit ihr abrechnen. Aber wer hat sich damals am meisten bereichert? Haben wir Gebäude in Warschau unter unserer Herrschaft? Besitzen wir die ehemalige RSW Prasa Książka Ruch (Robotnicza Spółdzielnia Wydawnicza, Arbeiterverlagsgesellschaft Presse, Buch, Bewegung, Anm. d. Übers.)? Nein. Gemeinsam habt Ihr die III. Republik erschaffen – Bürgerplattform, SLD und PiS. Gemeinsam habt Ihr privatisiert, hart privatisiert, das nationale Eigentum habt Ihr im Verlauf dieser Jahre weggerafft und immer noch privatisiert Ihr und wollt weiter privatisieren, die Dolna Odra (Zespół Elektrowni, Elektrizitätsgesellschaft Untere Oder, Anm. d. Übers.), woran wir Euch gehindert haben, andere Firmen, gemeinsam habt Ihr privatisiert, Bürgerplattform, SLD und PiS. Gemeinsam habt Ihr die fatalen Bedingungen für den EU-Beitritt unterstützt, besonders im Hinblick auf die Landwirtschaft – Bürgerplattform, SLD, PiS. Gemeinsam habt Ihr Truppen nach Afghanistan und in den Irak geschickt, Bürgerplattform, SLD und PiS; die Servilität gegenüber Amerika erstreckt sich bereits so weit, dass Ihr nicht einmal reagiert, wenn die Visumpflicht bei unseren Nachbarn aufgehoben ist: bei den Tschechen, für Estland – aber nicht für Polen, obwohl wir Soldaten mit einem Auftrag nach Afghanistan schicken, wo wir zu Zeiten der UdSSR nicht am Krieg teilgenommen haben, aber heute müssen wir – gemeinsam verwirklicht Ihr das, Bürgerplattform, SLD, PiS. Gemeinsam habt Ihr den Erfolg des Staatspräsidenten in Brüssel unterstützt, die Verabschiedung der Verfassung. Gegenüber der PiS und der Bürgerplattform hege ich insofern keinen Groll in dieser Sache, als Ihr immer Servilität gegenüber der Europäischen Union verkündet habt. Zur SLD sage ich nichts mehr. Wenn es aber um das Programm 2005 der PiS geht, war unserer Meinung nach das vom Konvent erarbeitete Verfassungsprojekt für Europa sowohl für Polen schädlich als auch für den europäischen Integrationsprozess. Unser Standpunkt ergab sich aus den folgenden Gründen und sechs Argumenten, warum die Verfassung schlecht ist. Unter anderem lehnten wir ab, dass in der Präambel nicht auf die christlichen Werte eingegangen wurde, dass das Nizza-Verfahren aufgehoben wurde und dass

den EU-Institutionen zu viele Kompetenzen zugesprochen wurden – also warum habt Ihr den Vertrag unterschrieben, warum habt Ihr dem Vertrag zugestimmt? Schließlich ist das ein evidenten Verrat am Programm. Heute streitet Ihr Euch mit der Bürgerplattform um Dummheiten, Einzelheiten, Kleinigkeiten, aber das Wesen Eurer Macht war immer das gleiche – gemeinsam, Bürgerplattform, SLD und PiS, verwirklicht Ihr das gleiche Programm, die Fortsetzung der III. Republik, von Eurem Projekt ist nichts geblieben. Gemeinsam wollt Ihr den Euro einführen. [...] Wir haben die Regierung von Jarosław Kaczyński unterstützt, weil wir Euch vertraut haben. Ihr habt das gemeinsame Programm verraten, verraten habt Ihr auch die gemeinsamen Ideale. Und deshalb werden die Geschichte und die Wähler mit Euch abrechnen.

Danke.

(notiert nach Tonbandaufzeichnung)

Quelle: www.sejm.gov.pl: 47. posiedzenia Sejmu. Obrady w dniu 7 września 2007r. [47. Sitzung des Sejm. Debatten vom 07.09.2007]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Chronik

Vom 04. September bis zum 17. September 2007

04.09.2007	Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) erstattet gegen Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro Anzeige wegen Überschreitung seiner Befugnisse. Hintergrund ist Ziobros Ankündigung auf einer Pressekonferenz in der vorangegangenen Woche, Fakten und Beweise über die Oppositionsführer Donald Tusk (PO), Wojciech Olejniczak (Demokratische Linksallianz, Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Roman Giertych (Liga der Polnischen Familien, Liga Polskich Rodzin – LPR) und Andrzej Lepper (Selbstverteidigung, Samoobrona) offenzulegen, die denen über den ehemaligen Innenminister Janusz Kacmarek in nichts nachstünden. Die PO begründet ihre Vorgehensweise damit, dass der Justizminister sein Wissen, das er kraft seines Amtes besitze, nicht in politischen Auseinandersetzungen einsetzen dürfe.
05.09.2007	Der Bürgerrechtsbeauftragte Janusz Kochanowski bittet den ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Havel um Erläuterung seiner Einschätzung, es sei im Interesse aller Bürger Polens, wenn zu den bevorstehenden Neuwahlen internationale Beobachter eingeladen würden. Kochanowski nehme die „ungewöhnliche und überraschende“ Äußerung Havels als Ombudsmann für Polen und Person von internationalem Ansehen ernst.
05.09.2007	Finanzministerin Zyta Gilowska stellt auf dem XVII. Wirtschaftsforum in Krynica in Aussicht, dass Polen 2009 zu Gesprächen über den Beitritt zur Euro-Zone bereit sei. Nach Meinung von Wirtschaftsexperten ist die Einführung des Euro in Polen 2012 realistisch.
05.09.2007	Unter den 500 größten Unternehmen in Ostmitteleuropa sind 176 in Polen ansässig, geht aus einer Zusammenstellung der Tageszeitung Rzeczpospolita und der Beraterfirma Deloitte hervor, die während des XVII. Wirtschaftsforums in Krynica präsentiert wird. Die größte Gesellschaft in der Region ist der polnische Öl- und Benzinkonzern PKN Orlen S.A.
06.09.2007	Das Warschauer Bezirksgericht urteilt, dass die Festnahme des ehemaligen Innenministers Janusz Kacmarek in der vergangenen Woche unbegründet und nicht rechtmäßig gewesen sei. Justizminister Zbigniew Ziobro kommentiert das Urteil dahin gehend, dass das Gericht unterschiedliche Grundsätze gegenüber einflussreichen Personen und den kleinen Leuten anwende.
06.09.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński fordert die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in einem Brief auf, ihre Anträge auf ein Misstrauensvotum gegenüber einzelnen Ministern, über die im Falle eines Scheiterns der Selbstauflösung des Sejm abgestimmt werden soll, zurückzuziehen. Die Abberufung der Minister würde die polnische Position in laufenden internationalen Verhandlungen u.a. zum Reformvertrag der Europäischen Union erheblich beeinträchtigen.
07.09.2007	Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) lehnt es ab, die Anträge auf Abberufung einzelner Minister zurückzuziehen. Es handele sich dabei nicht darum, einen taktischen Plan zu verwirklichen, sondern darum, dass die Regierung fachlich schlecht sei.

07.09.2007	Nach neuesten von der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ veröffentlichten Umfragen würden 32 % die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wählen, 29 % Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), 10 % Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD), 5 % Selbstverteidigung (Samoobrona), 4 % die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe). Für andere Parteien würden sich 5 % der Wähler entscheiden; 15 % der Befragten machten keine Angaben.
07.09.2007	In der Nacht vom 07. auf den 08. September beschließt der Sejm seine Selbstaflösung mit der nötigen Zweidrittelmehrheit. 377 Abgeordnete stimmten dafür, 54 dagegen, 20 enthielten sich. Staatspräsident Lech Kaczyński nennt als Termin für die vorgezogenen Neuwahlen den 21. Oktober.
07.09.2007	Auf Antrag von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński entlässt Staatspräsident Lech Kaczyński vorübergehend 15 Minister, gegen die die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Anträge auf ein Misstrauensvotum eingereicht hatte. Aufgrund der Abberufung erweisen sich die Anträge als gegenstandslos und findet keine Abstimmung über sie statt. Noch am selben Tag wird Außenministerin Anna Fotyga wegen wichtiger laufender EU-Verhandlungen wieder ins Amt berufen; dasselbe wird für die übrigen Minister in Aussicht gestellt. Sowohl das Misstrauensvotum als auch die Vorgehensweise des Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten sind verfassungsrechtlich umstritten.
08.09.2007	Auf einer Pressekonferenz betont Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, dass sich die Wähler bei der bevorstehenden Wahl zwischen Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die Polen verändern will, auf der einen Seite und denen, die vor allem die Privilegierten schützen wollen, auf der anderen Seite entscheiden müssen.
08.09.2007	Während des Treffens der EU-Außenminister in Portugal kündigt Außenministerin Anna Fotyga an, dass Polen auf dem EU-Gipfel in Brüssel nicht für die Grundrechtecharta stimmen werde. Hintergrund sind die Befürchtungen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dass die in der Charta festgelegten Rechte homosexuellen Paaren erlauben würden, vor Gericht um Familienrechte zu streiten. Darüber hinaus fordert Anna Fotyga die Aufnahme der Ioannina-Formel in den EU-Reformvertrag sowie ein Vetorecht, falls aus EU-Mitteln Investitionen außerhalb der EU gefördert werden sowie die Schaffung eines zusätzlichen Postens für einen polnischen Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof.
10.09.2007	Nach Meinung des stellvertretenden US-Außenministers Daniel Fried wird sich der Abschluss der Verhandlungen zum amerikanischen Raketenabwehrschild in Polen aufgrund der Auflösung des Sejm bis ins nächste Jahr verschieben. Seiner Einschätzung nach wird auch der neue Präsident der Vereinigten Staaten, der 2008 gewählt wird, den Bau des Raketenabwehrschildes weiterverfolgen.
12.09.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński unterschreibt die Novelle zum Lustrationsgesetz, nachdem das Verfassungsgericht im Mai geurteilt hatte, dass das neue Lustrationsgesetz vom Oktober 2006 in 39 Punkten nicht verfassungskonform ist.
12.09.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński teilt auf einer Pressekonferenz mit, er halte eine Regierungskoalition von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in der nächsten Legislaturperiode für möglich. Außer mit postkommunistischen Parteien könne PiS mit jeder Partei ein Bündnis eingehen.
13.09.2007	Das Polnische Institut in Kiew schreibt einen Literaturwettbewerb für ukrainische Schriftsteller aus. Künftig soll der mit ca. 5.000 Dollar dotierte Joseph Conrad-Korzeniowski-Preis alle zwei Jahre vergeben werden. Der Literaturwettbewerb sei als polnische Investition in die ukrainische Kultur zu verstehen und vertieft nach Einschätzung des Direktors des Polnischen Instituts in Kiew, Jerzy Onuch, den polnisch-ukrainischen Dialog.
14.09.2007	Aus einer in der Tageszeitung Rzeczpospolita veröffentlichten Umfrage geht hervor, dass 48 % der Polen der Ansicht sind, dass sich die antideutsche Rhetorik von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Wahlkampf negativ auf das Wahlergebnis der PiS auswirken wird. 27 % sehen darin dagegen eine Möglichkeit, bessere Ergebnisse zu erzielen. 63 % der Polen sind der Auffassung, dass die gegenwärtige deutsche Politik nicht die polnischen Interessen bedroht. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Paweł Zalewski (PiS), betont, dass die PiS keine antideutsche Kampagne betreibe und ihr an guten Beziehungen zu Deutschland in der EU und der NATO liege.
14.09.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński teilt mit, dass er Nelly Rokita, Ehefrau des prominenten Politikers der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Jan Rokita, zu seiner Beraterin in Sachen Frauenpolitik berufen habe. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński bietet ihr einen Platz auf der Kandidatenliste von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für die bevorstehenden Wahlen an.
14.09.2007	Jan Rokita (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO) gibt bekannt, dass er weder für den Sejm noch für den Senat kandidieren werde. Hintergrund dieser Entscheidung seien die Berufung seiner Ehefrau zur Präsidentenberaterin in Sachen Frauenpolitik sowie Konflikte in der Krakauer PO. Außerdem werde er auch nicht das Angebot von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński annehmen, für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu kandidieren.

14.09.2007	Auf einem Treffen der Parteiführer einiger Linksparteien aus Polen, Deutschland, Österreich, Tschechien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn in Prag wird – gegen das Votum der Ungarischen Sozialistischen Partei – eine Deklaration gegen die Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien verabschiedet. Die Entscheidung über die Errichtung sollte nicht national bzw. binational entschieden werden, da dies die Sicherheit ganz Europas betreffe. Wünschenswert sei die Einbeziehung der Europäischen Union, der NATO und des NATO-Russland-Rats.
15.09.2007	Auf dem Parteitag der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in Gnesen unterstreicht Parteichef Donald Tusk, dass es in den bevorstehenden Sejm- und Senatswahlen um die Entscheidung für oder gegen die westliche Zivilisation gehe. Die gegenwärtige Regierung würde Polen in den Osten abdrängen.
15.09.2007	Auf dem Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Krakau wirft Ministerpräsident und Parteichef Jarosław Kaczyński der Opposition vor, die Korruption zu schützen, und verwehrt sich gegen den Vorwurf der Opposition, in Polen sei die Demokratie gefährdet.
15.09.2007	Der ehemalige Ministerpräsident und Parteivorsitzende Leszek Miller tritt aus der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) aus. Einer der Gründe sei, dass der Parteivorstand gegen den Willen des Lodscher Regionalverbands entschieden hat, ihn nicht für die Liste der Mitte-Links-Koalition Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD) kandidieren zu lassen. Darüber hinaus wirft er der SLD einen Souveränitätsverlust vor.
16.09.2007	Der japanische Elektrokonzern Toshiba wird in Polen für die Produktion von Flachbildschirmen in Kobierzyce bei Breslau mehr als 167 Mio. Zloty investieren.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de